



## **Amtsgericht Bad Oeynhausen**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 22.10.2025, 10:00 Uhr,  
Erdgeschoss, Sitzungssaal 3, Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Gohfeld, Blatt 474,**

**BV lfd. Nr. 5**

Gemarkung Gohfeld, Flur 24, Flurstück 200, Gebäude- und Freifläche, Königstraße 37, 37a, Größe: 852 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein in massivbauweise errichtetes, teilunterkellertes Zweifamilienhaus, Baujahr 1927, Wohnfläche EG ca. 85 qm, OG+ DG ca. 110 qm. Für den rückwärtigen Anbau liegt laut Gutachten keine Baugenehmigung vor.

Es wurde mit dem Anbau eines Dreifamilienhauses begonnen. Es handelt sich um einen Rohbau, der seit längerer Zeit stillgelegt ist. Laut Gutachten scheinen die Sohle und das Mauerwerk des Anbaus trotz freier Bewitterung noch ihre Funktionsfähigkeit aufzuweisen.

Eine Innenbesichtigung konnte nicht erfolgen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 19.10.2021 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

225.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.